

„www.ptb.be“ 20. Juni 2022

# Die Botschaft ist klar: Lohnstopp-Gesetz von 1996 muss so schnell wie möglich überarbeitet werden

Mehr als 80 000 Menschen demonstrierten heute auf den Straßen von Brüssel. Sie kamen aus allen Teilen des Landes und aus allen Sektoren. Noch viel mehr streikten in der Stahl- und Chemieindustrie, in Häfen und Flughäfen, in der Reinigungsbranche, im Baugewerbe, in der Metallindustrie, im Pflegebereich usw. Sie alle verkündeten in allen Landessprachen des Landes eine klare Botschaft: Das Lohnstopp-Gesetz, das Gesetz von 1996, muss dringend überarbeitet werden.

## Online-Redaktion

"Es ist an der Zeit, dass die Botschaft der Straße in der Rue de la Loi gehört wird. Im Gegensatz zu dem, was Alexander De Croo ((Anm.1)) sagt, gibt es in Belgien sehr wohl ein Kaufkraftproblem, und zwar ein dringendes. Wenn das Gesetz nicht bald geändert wird, wird die maximale Marge für Lohnerhöhungen in den nächsten sechs Jahren bei 0 % liegen. Das ist nicht tragbar. Vor allem, wenn man die Löhne mit den außergewöhnlichen Gewinnspannen vergleicht, die eine Reihe großer belgischer Unternehmen in den letzten Jahren erzielt haben", sagt **Raoul Hedebouw**, Vorsitzender der PTB ((Anm.2)). Und er gibt sich konstruktiv: "Wir stellen der Regierung einen Gesetzesvorschlag zur Verfügung, mit dem die Löhne aus dem erstickenden Korsett des Gesetzes von 1996 befreit werden können. Mit dem entsprechenden politischen Willen kann er schon morgen verabschiedet werden", erklärt der PTB-Vorsitzende.

Der linke Abgeordnete weist das Gerede der Liberalen und der Arbeitgeber über die Wettbewerbsfähigkeit zurück: "Der letzte Bericht der Nationalbank macht deutlich, dass der Binnenkonsum in den nächsten Jahren der Hauptmotor des Wachstums sein wird. Diejenigen, die die Löhne angreifen wollen, greifen den Konsum und die

wichtigsten Wachstumsmotoren an. Im Gegensatz zu dem, was die Liberalen sagen, sind unsere Löhne nicht das Problem, sie sind die Lösung".

Der PTB-Vorsitzende warnt auch die Sozialistische Partei (SP) und die Grünen von Ecolo: "Die Arbeitswelt würde es nicht verstehen, wenn diese Parteien sich an einer längeren Lohnblockade beteiligen würden. Und sie sollen nicht sagen, dass die Revision des Gesetzes von 1996 nicht in der Regierungsvereinbarung vorgesehen ist. Denn die Liberalen haben kein Problem damit, Maßnahmen abzurufen, die nicht im Regierungsabkommen stehen. Sie haben die Verlängerung der Atomkraft erzwungen. Jetzt wollen sie die Ausweitung des Militärbudgets auf 2 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) durchsetzen. All das war jedoch nicht im Regierungsabkommen vorgesehen. Warum sollte dieses Abkommen nur eine Bremse für Maßnahmen sein, die im Interesse der Arbeiterklasse sind?"

Die PTB wird die Gewerkschaften bei ihren parlamentarischen Anhörungen am 29. Juni unterstützen: "Die Gewerkschaften haben in Rekordzeit fast 90.000 Unterschriften gesammelt, um eine Änderung des Gesetzes von 1996 zu erreichen. Sie haben heute mehr als 80.000 Menschen zusammengebracht und mobilisieren seit zwei Jahren mit Streiks, Demonstrationen und Aktionen. Diese Stimme von unten muss gehört werden, statt der Stimme des Unternehmerverbandes FEB und der Großaktionäre", sagte **Raoul Hedebouw**. Und er schließt: "Wir werden in dieser Angelegenheit nicht locker lassen, bis die arbeitende Klasse des Landes endlich respektiert wird."

### Anmerkungen:

- 1) Der Flame **Alexander De Croo** (46 Jahre) ist ein Unternehmer und Politiker der liberalen Partei Open VLD. Nach verschiedenen Ministerämtern ist er seit dem 1. Oktober 2020 Belgiens Regierungschef. Seiner so genannten „*Vivaldi-Koalition*“ gehören neben Open VLD, die wallonischen Liberalen des MR, die flämischen Christdemokraten (CD&V) sowie die Sozialdemokraten (PS + sp.a) und die Grünen (Ecolo + Groen) beider Landesteile an.
- 2) Die **Partei der Arbeit (PTB bzw. PVDA)** bekam bei den Parlamentswahlen 2019 8,6% der Stimmen. Das bedeutete ein Plus von 4,9% im Vergleich zu 2014. Damit verzeichnete sie nach dem rechtsradikalen Vlaams Block (VB, +8,3%, Endergebnis: 12,0%) den zweithöchsten Zugewinn aller Parteien, die mit Ausnahme von Ecolo (+2,8%, Endergebnis: 6,1%) allesamt Verluste verzeichneten.

**Übersetzung, Anmerkung und Hervorhebungen: Gewerkschaftsforum Hannover.**